

Im Ergebnis einer zielstrebigem Untersuchungsarbeit konnten in 53 Ermittlungsverfahren (3,4 % - 1980: 62 EV; 3,7 %), die auf Grund der Beweislage wegen Straftaten der allgemeinen Kriminalität eingeleitet worden waren, die Begehung von Staatsverbrechen nachgewiesen und die entsprechende strafrechtliche Verantwortlichkeit begründet werden.

In 35 Ermittlungsverfahren, die wegen des Verdachts eines Staatsverbrechens eingeleitet worden waren, konnte dieser Verdacht nicht bewiesen, jedoch strafrechtliche Verantwortlichkeit wegen begangener Straftaten der allgemeinen Kriminalität begründet werden.

Der Anteil der Eigenermittlungen beträgt 192 (12,3 % - 1980: 190; 11,3 %). Darunter befinden sich 22 Ermittlungsverfahren (1980: 25), die wegen Staatsverbrechen eingeleitet wurden. Das sind 9,1 % (1980: 9,7 %) der insgesamt wegen Staatsverbrechen eingeleiteten Ermittlungsverfahren.

Im Berichtszeitraum wurden gegen 224 (1980: 253) Personen Ermittlungsverfahren/Fahndung eingeleitet bzw. von der DVP zur weiteren Bearbeitung übernommen, davon 35 (1980: 33) wegen Staatsverbrechen, 2 (1980: 5) wegen Menschenhandels, 186 (1980: 212) wegen ungesetzlichen Verlassens der DDR und 1 (1980: 3) wegen sonstiger krimineller Delikte.

Bisher wurden im Jahre 1980 16 EV/Fahndung realisiert.

Insgesamt bleiben für die Linie IX 2 680 EV/Fahndung registriert, wovon 2 483 vorläufig eingestellt sind und 197 z. Zt. bearbeitet werden.

Von den im bisherigen Verlauf des Jahres eingeleiteten 7 Ermittlungsverfahren gegen unbekannt wegen verschiedener Straftaten (§§ 106, 206, 213, 217a, 220 StGB) werden 5 z. Z. noch mit hohem Aufwand bearbeitet. 2 dieser Verfahren wurden endgültig eingestellt.